Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2020 Nr. 04· 16. Jahrgang

„Corona-Krise: Potsdam steht solidarisch zusammen!“

Üben Sie praktische Solidarität: achten Sie auf sich und ihre Umgebung. Bieten Sie Nachbarn - insbesondere älteren, kranken und beeinträchtigten Menschen - ihre Unterstützung an. Unterstützen Sie sich wenn möglich gegenseitig bei der Organisation der Kinderbetreuung, um so auch den Menschen ein Stück mehr Sicherheit zu geben, die in ihren Berufen für die Aufrechterhaltung unserer Infrastrukturen sorgen und im Gesundheitswesen dringend gebraucht werden.



Die Ausbreitung des Corona-Virus hat erhebliche Auswirkungen – auch auf unsere Landeshauptstadt Potsdam. Wir – die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung – rufen die Potsdamerinnen und Potsdamer auf, in dieser Krisensituation solidarisch zusammenzustehen. Wir begrüßen das entschlossene und konsequente Vorgehen der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters und unterstützen die Maßnahmen, die zur Eindämmung des Corona-Virus ergriffen wurden. Wir werden unseren Beitrag leisten: indem wir die politische Auseinandersetzung um die vielen Themen, die unsere Stadt beschäftigen, für den Moment weitgehend zurückstellen, um zunächst diese Krise zu bewältigen. Wir werden deshalb die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse zunächst bis zum Ende der Osterferien aussetzen. Der Hauptausschuss wird weiter zusammenkommen, um dringende Fragen zu beraten und vor allem die Verwaltung bei den jetzt anstehenden Aufgaben zu unterstützen. Der Krisenstab der Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister stehen in enger Abstimmung mit uns. Wir haben heute ein Verfahren verabredet, das diese schnelle Abstimmung auch in den kommenden Wochen sicherstellen wird.

Wir bitten die Einwohner*innen und Gäste unserer Stadt: bitte beachten Sie zu Ihrem eigenen und dem Schutz Ihrer Nachbarn, Freunde und Familien alle bereits beschlossenen und noch kommenden Maßnahmen. Ja – das ist mit Einschränkungen verbunden, es bedeutet erhebliche Härten für viele von uns. Aber es ist in dieser Situation unabdingbar. Sie dienen dem Schutz von Leben und Gesundheit.

Üben Sie praktische Solidarität: achten Sie auf sich und ihre Umgebung. Bieten Sie Nachbarn – insbesondere älteren, kranken und beeinträchtigten Menschen ihre Unterstützung an. Unterstützen Sie sich wenn möglich gegenseitig bei der Organisation der Kinderbetreuung, um so auch den Menschen ein Stück mehr Sicherheit zu geben, die in ihren Berufen für die Aufrechterhaltung unserer Infrastrukturen sorgen und im Gesundheitswesen dringend gebraucht werden.

Handeln Sie unabhängig von Verboten und Einschränkungen stets rücksichtsvoll und verantwortungsbewusst. Halten Sie Abstand zu anderen und vermeiden sie jeden nicht zwingend erforderlichen Weg und persönlichen Kontakt. Je schneller es gelingt, die Ausbreitung des Virus abzubremsen, umso eher werden wir wieder zu einem normalen öffentlichen Leben zurückkehren können. Dazu kann jede und jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Potsdam und die Potsdamer*innen haben schon oft bewiesen: Solidarität können wir. Einmal mehr ist es jetzt Zeit dafür!

Sigrid Müller & Stefan Wollenberg (DIE LINKE.), Imke Eisenblätter & Daniel Keller (SPD), Janny Armbruster & Gerd Zöller (B’90 / Grüne), Anna Lüdcke & Götz Friederich (CDU), Sabine Becker & Björn Teuteberg (FDP), Wolfhard Kirsch (Bürgerbündnis). Aktuelle Informationen zur Lage in der Landeshauptstadt, getroffenen Maßnahmen und Unterstützungsangeboten finden Sie auf der Website der Stadt unter www.potsdam.de/coronavirus

DIE LINKE gratuliert Bodo Ramelow



Wir gratulieren Bodo Ramelow herzlich zur Wiederwahl als Ministerpräsident. Es gibt wieder eine stabile und soziale Regierung in Thüringen. Nach vier Wochen konnte der Dammbruch demokratisch korrigiert werden. Wir danken allen – ob in anderen Parteien oder als Demonstrierende, die erfolgreich daran gearbeitet haben. Von Thüringen können wir lernen, dass die Rechte nicht gewinnt, wenn es eine echte solidarische Alternative gibt. Jetzt wird sich zeigen, was mit CDU und FDP im Dienste des Landes zu machen ist und ob sie fähig und willens sind, projektbezogen an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Thüringerinnen und Thüringen mitzuwirken. Dazu reicht DIE LINKE allen demokratischen Parteien im Thüringer Landtag die Hand.

In dieser Ausgabe

2 LINKS kommentiert
„HARTENSTEIN“ Teil 3 erschienen/ Aktion 2020: „Krieg und Frieden“

3 LINKS intensiv
Informationen rund um „defender 2020“

4 LINKE Kalenderblätter
1945 – die letzten Kriegstage in Potsdam/ Kalenderblätter

5 LINKS IM RATHAUS
Entwicklung aller Stadtteile beachten/ Weitere Informationen zum Corona-Virus

6 LINKS DIREKT
Leben im Altersheim/Schreibwettbewerb der „Zeitzeugen“/Seniorenwoche 2020 verschoben/Chancen wahren

7
statt Kosten mahnen/Kultur vor Corona-Auswirkungen schützen

8 DIE LETZTE SEITE
Studentenwerk: Wohnen für Hilfe/ Sandmann-Ausstellung/ Verkehrsprobleme Krampnitz/ Himmelfahrtsausflug

Allen unseren Leser*innen wünschen wir frohe Ostern!



Informationen der Redaktion

Die Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ für den Monat Mai erscheint am 30. April 2020. Redaktionsschluss ist am 17. April 2020. ACHTUNG: Die Redaktion ist seit dem 1. April 2020 nur noch unter folgenden Telefonnummern erreichbar: 0176 32 79 36 59 (dienstlich) und/oder 0157 84 95 76 55 (privat).

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein, Layout, Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

„Der Enkel vorne links“



Wolfram Adolphi bei der Lesung im Rechenzentrum

"Hartenstein" - das ist eine Romantrilogie des Potsdamer Schriftstellers Dr. Wolfram Adolphi über zwei gespaltene deutsche Lebensläufe im 20. und 21. Jahrhundert. Am 12. März 2020 stellte Adolphi im Potsdamer Rechenzentrum mit "Der Enkel vorne links" den gerade erschienenen dritten Band seiner Trilogie vor. Hermann Hartenstein - der Großvater - ist Ingenieur und macht Karriere erst in der Zeit des Faschismus und dann in der DDR. Jakob - der Enkel - ist Politikwissenschaftler, engagiert sich für den DDR-Sozialismus, verliert in den Umbrüchen 1989/90 Arbeitsplatz und Berufsperspektive und muss seinen Platz neu bestimmen - in einer Gesellschaft, die sich rasch verändert und in der sich zugleich alle Vergangenheiten immer wieder zu Wort melden.

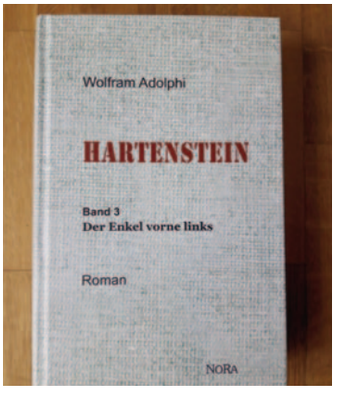
In diesem dritten Band „Der Enkel vorne links“ rückt Jakob Hartenstein – der Enkel des „Balten vom Werk“ (Titel Band 1) in den Mittelpunkt. Bei seinen Erkundungen im „Zwielicht der Spuren“ (Titel Band 2) ist ihm klar geworden, dass er, der er von seiner marxistischen Weltbetrachtung nicht lassen will, Nachfahre zweier Großväter ist, die sich beide in den Dienst des deutschen Faschismus gestellt und dann – die zweite Hälfte des Lebens gegen die erste setzend – dem Aufbau des Sozialismus in der DDR verschrieben haben. Nun geht es im dritten Band um Jacobs eigene Bilanz. Die auch geteilt ist: in ein Leben in der DDR und eines im vereinigten Deutschland. Und die sich in diesem Spannungsfeld immer wieder bewähren muss. In einem Jetzt, in dem Biografien wie die seine seltsam fremd erscheinen. Als ob die vierzig Jahre der Zweistaatlichkeit, die doch fester Bestandteil der Geschichte der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind, nicht selbstverständlich ganz unterschiedliche Lebenswege hervorgebracht hätten. Eben auch sozialistische im Engagement für die DDR sich erfüllende.

Darüber zu streiten wird für Jakob immer wichtiger. Erst recht, da die Zeichen sich mehren, dass Faschismus nichts endgültig Vergangenes ist.

Spannende 494 Seiten und - das ist vielleicht für die Potsdamer Leserinnen und Leser von besonderem Interesse – es gibt drei Kapitel auch über die Geschichte und Gegenwart Potsdams und insbesondere über die Garnisonkirche und das Rechenzentrum.

Wolfram Adolphi HARTENSTEIN, Band 3 „Der Enkel vorne links“. Erschienen in der NORA Verlagsgemeinschaft Berlin. www.nora-verlag.de ISBN 978-3-86557-488-6

ACHTUNG: Der Autor hat uns ein Exemplar zur Weitergabe an unsere LeserInnen übergeben. Wir werden das Buch unter allen Einsendern verlosen. Einsendeschluss: 20. April 2020 (Adresse siehe Impressum).



KRIEG und FRIEDEN. 1945 und die Folgen in Brandenburg Kulturland Brandenburg 2020

Der 8. Mai 1945 symbolisiert die „Stunde Null“ in der Deutschen Geschichte. Aus der individuellen Erfahrung heraus haben die Menschen in Brandenburg diesen Tag gleichermaßen als »Befreiung« und »Katastrophe« erlebt. Denn wie auch sonst sollten Verelendung und die Angst vor der sowjetischen Besatzung auf der einen Seite und die Hoffnung auf Frieden, Freiheit und ein Ende des Nationalsozialismus auf der anderen Seite greifbar werden.

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nimmt das Themenjahr „KRIEG und FRIEDEN. 1945 und die Folgen in Brandenburg – Kulturland Brandenburg 2020“ die zeithistorische Phase von 1945 bis heute in den Blick und fragt nach den individuellen Erinnerungen und Erfahrungen der Brandenburger*innen. Das Themenjahr 2020 will zum Diskurs über die historische, erinnerungskulturelle und demokratische Entwicklung der vergangenen 75 Jahre anregen.

Kulturland Brandenburg 2020 lädt die Brandenburger*innen und ihre Gäste ein, das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt des Landes aber auch die Zäsuren und Brüche kennenzulernen. Mit zahlreichen Partnern werden künstlerische und kulturelle Projekte an den Schnittstellen zu Wissenschaft, Tourismus und kultureller Bildung präsentiert, die die Auswirkungen der zeitgeschichtlichen Ereignisse des Jahres 1945 auf Land und Leute betrachten. Sie widmen sich den individuellen Lebensschicksalen, den Hinterlassenschaften des Krieges und dem, durch die politische Neuordnung bedingten, gesellschaftlichen Wandel in der brandenburgischen Geschichte.



Kulturland Brandenburg 2020 folgt damit der Initiative der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die mit dem Ausstellungsprojekt »Potsdamer Konferenz 1945 – die Neuordnung der Welt« im Schloss Cecilienhof die bis heute spürbaren Auswirkungen der aus der Potsdamer Konferenz resultierenden Nachkriegsordnung vermitteln wird. Denn der Zweite Weltkrieg hat Europa nachhaltig geprägt.

Das Themenjahr wird am 23. April 2020 in Tröbitz offiziell eröffnet.

Eine Programmübersicht finden Sie bereits jetzt in unserem Tageskalender unter ‚Programm‘ (www.kulturland-brandenburg.de) oder im Jahresprogramm »KRIEG und FRIEDEN. 1945 und die Folgen in Brandenburg«.

Wir sagen: Stoppt „defender2020“!

Aus der Rede von Roland Gehrmann auf der Defender2020-Demo in Potsdam



Gemeinsam mit der US-Army hatte das Landeskommando der Bundeswehr zu einer „Informationsveranstaltung“ für die Bevölkerung am 10. März 2020 in den Potsdamer Nikolaisaal eingeladen. Mit den Klängen einer Big Band sollten die „Kriegsspiele“ wohl attraktiver erscheinen. Das war u. a. für DIE LINKE Anlass genug zu einer Protestkundgebung am 10. März 2020 vor dem Nikolaisaal aufzurufen. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Rede von ROLAND GEHRMANN, Vorsitzender der Partei DIE LINKE.Potsdam, auf der Demo.

Mit dem Ende der Systemkonfrontation und der Auflösung des Warschauer Paktes 1991, war zumindest die Hoffnung verbunden, dass die militärische Konfrontationslogik des Kalten Krieges beendet sein könnte. DIE LINKE hat sich in der Konsequenz immer für die Auflösung der NATO und die Etablierung eines Systems der kollektiven Sicherheit unter Einbeziehung Russlands, für Abrüstung, sowie eine Stärkung der UNO eingesetzt.

Passiert ist das genaue Gegenteil. Die ab 1999 systematisch erfolgte NATO-Osterweiterung um die Länder: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien und Kroatien haben neue Spannungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation erzeugt.

Russland sieht sich durch die NATO-Osterweiterung zunehmend strategisch bedroht und nachdem sich mit dem Machtwechsel in der Ukraine eine Annäherung an die NATO abzeichnete, reagierte die Russische Föderation durch die Annektion der Krim.

Und selbstverständlich war diese Annektion völkerrechtswidrig. Genauso völkerrechtswidrig wie die Abspaltung des Kosovo von Serbien oder zuletzt der Einmarsch türkischer Truppen gegen die Kurden in Syrien.

Die NATO begründet „Defender2020“ u.a. mit der Bedrohung der territorialen Integrität der baltischen EU-Staaten durch die russische Föderation.

Heute gilt leider wieder: Sicherheit gibt es nur durch Abschreckung. Da Abkommen und Verträge nicht schützen, muss jedes Land, das nicht Gefahr laufen möchte, von der NATO angegriffen zu werden, nukleare Waffensysteme modernisieren oder eigene Programme aufbauen.

Und hierzu zitiere ich als Linker mal unkonventionell Papst Franziskus vom November 2019: „Es ist eine perverse Annahme, Stabilität und Frieden auf der Basis einer falschen, von einer Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit verteidigen und sichern zu wollen.“ Die Welt muss aufhören, „ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Feindseligkeit zu schüren, das von den Nukleardoktrinen befeuert wird."

Wir richten unseren Widerstand deshalb gegen die Unfähigkeit und Unwilligkeit der herrschenden Politik, eine Sicherheitsarchitektur zu entwickeln und zu befördern, durch welche eine erneute Konfrontation zwischen der NATO und der Russischen Föderation und auch anderen Ländern verhindert werden kann.

Trump und die NATO wollen zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgeben. Für Deutschland wären dies 60 Milliarden Euro bei einem Gesamtbudget von 362 Milliarden.

Doch wir fordern, die Menschheit braucht das Null Prozent Ziel!

Und bis dahin muss Schluss sein mit der Aufrüstung, Schluss mit den Kriegsübungen, Schluss mit den Drohnenmorden!

Wir fordern eine Stärkung der UNO, um dem Völkerrecht wieder Geltung zu verschaffen. Und wir brauchen Abrüstungsprogramme. Wir sagen: stoppt Defender 2020. Liebe Amerikaner, zieht eure Truppen und eure Begleitmusik ab und nehmt die in Büchel stationierten Nuklearspengköpfen gleich mit!

Denn wer glaubt, in Europa eine tragfähige Friedensordnung durch Aufrüstung, Abschreckung und unter Ausschluss der Russischen Föderation errichten zu können, der ist auf dem Holzweg!

Das heute hier in Potsdam stattfindende Konzert der US-Armee ist aus vielen Gründen eine Provokation.

Erstens: Im Jahr 2020 ist es nun genau 75 Jahre her, dass das Deutsche Reich und der deutsche Faschismus besiegt wurden. Rund um Berlin und bis zur Elbe gilt: Befreit wurden wir durch die Rote Armee. Während die NATO heute hier in Potsdam ihr Kriegsmanöver in Szene setzt, danken wir den Rotarmisten, die ihr Leben ließen, um die Welt vom Faschismus zu befreien und wir gedenken den Opfern, die deutscher Krieg und deutsche Todesfabriken zu verantworten haben.

Zweitens: Potsdam war vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 Austragungsort der Potsdamer Konferenz und damit der Ort, an dem sich die Alliierten des Zweiten Weltkrieges trafen, um gemeinsam die Nachkriegsordnung zu beschließen. Wenn die NATO heute diese Stadt für ihre Propaganda gegen die Russische Föderation nutzt, verkennt sie bewusst die Leistungen, welche die Sowjetunion während und nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachte. Die Amerikaner haben vergessen, dass es besser ist, gemeinsam an einem Tisch als sich in Panzern gegenüber zu sitzen.

Drittens: Ganz in der Nähe von Potsdam, hier in Geltow, befindet sich das Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Die zentrale Planungs- und Koordinierungsstelle aller deutschen Auslandseinsätze. Das sich die US-Streitkräfte gerade diesen Ort für ihre Propaganda ausgesucht haben zeigt auch, dass sie sich der Bündnistreue der Bundesregierung sicher sind. Dabei verkennen sie, dass zwei Drittel der Deutschen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen. Seit dem Jugoslawienkrieg betreiben alle Bundesregierungen Außenpolitik im Widerspruch zum Grundgesetz und gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Es ist deshalb an der Zeit für eine neue, friedliche und kooperative deutsche Außenpolitik! Mit und nicht gegen die Russische Föderation!



KURZ NOTIERT

LINKE begrüßt Defender 2020-Absage



Zum abgesagten US-Manöver Defender 2020 erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE: DIE LINKE begrüßt, dass nun das US-Manöver Defender 2020 und die logistischen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr endlich eingestellt werden.

Alle versuchen derzeit zu verhindern, dass die Infektionskurve des Coronavirus zu heftig steigt, doch die US-Militärführung stand ewig auf der Leitung. Auch die Bundeswehr hat lange gebraucht, um ihre zentrale Teilnahme am US-Manöver Defender 2020 endlich einzustellen.

Die Rolle der Bundeswehr bestand insbesondere darin, dass US-Manöver Defender 2020 logistisch zu ermöglichen und durch eigene Übungen und Manöverteilnahmen zu begleiten. Bis heute sind noch Trainingseinheiten und logistische Übungen geplant. Es ist Zeit, dass Groß-Manöver Defender 2020 nun vollständig einzustellen; im Sinne der Bevölkerung und im übrigen auch im Sinne der beteiligten Soldaten. Defender 2020 war und ist politisch falsch. DIE LINKE bedankt sich bei denjenigen, die Defender 2020 kritisch begleitet haben. Solche Manöver wie Defender 2020 sind Teil einer falschen Aufrüstungspolitik, notwendig sind Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

Kalenderblätter April

1750

Juden in Preußen

Friedrich II. erlässt am 15. April das „Neue revidierte Generalprivilegium und Schutzbrief vor die Judenschaft in Preußen und der Mark Brandenburg“. Die Judenschaft wird geteilt in ordentliche und außerordentliche Schutzjuden. Erstere hatten das Recht, den Schutz auf ein Kind zu vererben, letztere genossen das Recht nur für die eigene Person. Jüdische Dienstboten durften nicht heiraten. Handwerke, für die Zünfte vorhanden waren, durften von Juden nicht ausgeübt werden. Der Hausiererhandel auf dem Lande wird für Juden total verboten. Der Ankauf ländlicher Güter ist für Juden verboten. Nach Preußen durften nur noch solche Juden einwandern, die über beträchtliche finanzielle Mittel verfügten.

1880

Tischler Martin hält die Straße sauber

Laut Polizeiverordnung vom 2. April sind die Straße und das Trittoir täglich zwei mal zu sprengen. Um dieser Verordnung zu genügen, stellte beispielsweise die Französisch-Reformierte Gemeinde zu Potsdam einen Mann ein: den Tischler Oskar Martin, der ein Darlehen von 60 Talern erhielt, das er „...absprengen...“ sollte.

1900

Erste Potsdamer Hilfsschule

Die erste Hilfsschule wird am 1. April für Potsdam gegründet. Es wird eine Klasse mit 19 Schülern gebildet, die in den Fächern Religion, Deutsch, Rechnen, Heimatkunde, Gesang, Zeichnen und Handarbeit unterrichtet werden. Vorerst wird die Klasse in der Waisenstraße 37 untergebracht.

1950

„Der Friede muss erzwungen werden“

Der demokratische Block der Stadt Potsdam veröffentlicht am 11. April in der „Märkischen Volksstimme“ einen Aufruf zum 5. Jahrestag der Bombardierung der Stadt „Der Friede muss erzwungen werden!“. In ihm heißt es: „Am 14. April jährt sich zum fünften Male der Tag, da Potsdam durch anglo-amerikanische Bomber in militärisch sinnloser Weise zerstört wurde. Zu diesem Zeitpunkt, da das faschistische Deutschland schon geschlagen am Boden lag, führten die anglo-amerikanischen Kriegsstrategen dieses Zerstörungs- und Menschenvernichtungswerk durch. Die Trümmer unserer Stadt sind ein Mahnmal an die Schrecken des imperialistischen Krieges. Ein Mahnmal des Schreckens, das der gesamten Bevölkerung der Landeshauptstadt und darüber hinaus allen deutschen Friedenskämpfern Fanal für den Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, gegen die Vorbereitung neuer Massenmorde werden muss. Wir rufen die Bevölkerung Potsdams auf, am 14. April 1950 ihren Willen zur Erzwingung des Friedens kundzutun. Am 14. April werden in allen Betrieben und Verwaltungsstellen unserer Stadt die Belegschaften ihre Bereitschaft bekunden, für den Frieden zu kämpfen. Um 22.00 Uhr, zu der Stunde, da vor fünf Jahren Potsdam in Schutt und Asche gelegt wurde, wird die Potsdamer Bevölkerung in machtvollen Demonstrationen und auf der Abschlußkundgebung auf dem Brandenburger Platz das Gelöbnis ablegen für die Ziele des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden zu kämpfen. Ihre Ziele sind: Beendigung des Wettrüstens. Verbot der Atomwaffe. Beendigung der Interventionskriege in Indonesien, Malaia und Vietnam und unmittelbare Verhandlungen unter internationaler Aufsicht. Schluss mit der Verfolgung gegen die Kämpfer für den Frieden in den Ländern des Westens. Unterzeichnung des Friedensaktes zwischen den Großmächten im Rahmen der Vereinten Nationen...“

1965

Deutsch-französische Freundschaft

Die MV berichtet am 25. April, dass seit Oktober 1963 zwischen Rouen und Potsdam "...ein herzliches Verhältnis..." besteht. Wie die MV weiter berichtet, wurde vor einigen Tagen eine Delegation aus Rouen unter Leitung des Vorsitzenden des Komitees für französisch-deutsche Freundschaft, Jean-Pierre Haven, empfangen. Höhepunkt war der Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen dem Rouener Komitee für französisch-deutsche Freundschaft und dem Potsdamer Komitee. Haven: "Delegationen in die DDR zu schicken, messen wir eine große Bedeutung bei. Alle unsere Delegationen, die bisher hier weilten, haben uns von den vielen guten Eindrücken, die sie bei ihrem Aufenthalt in der DDR hatten, berichtet. Noch ist die Tätigkeit des Komitees bescheiden, doch unser Ziel ist es, einen guten Beitrag zu leisten für die Völkerfreundschaft und den Frieden.". Im Vertrag heißt es u.a.: "Beide Komitees werden sich ständig dafür einsetzen, die freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu vertiefen. [...] Um den Bürgern beider Städte die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Partnerstadt nahe zu bringen, ist vorgesehen, ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch von Delegationen und Studiengruppen zu pflegen." -rt

1945 - die letzten Kriegstage in Potsdam

„Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, das betonte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner historisch bedeutsamen Rede 1985 vor dem deutschen Bundestag. Potsdam hatte den Zweiten Weltkrieg über Jahre hinweg fast unbeschadet überstanden. Wenige Tage im April 1945 sollte sich das ändern: Dem verheerenden Bombardement der Royal Air Force am 14./15. April folgte die acht Tage dauernde Verteidigung der zum „Festen Platz“ erklärten Havelstadt gegen die Sowjetarmee, die mit ihren aus Nord und Süd heranrückenden Truppen der 1. Ukrainischen Front und der 1. Belorussischen Front eben hier an der Havelstadt den Ring um die Reichshauptstadt Berlin schließen sollte.
Panzerspitzen der 1. Ukrainischen Front erreichten am 22. April Stahnsdorf und Güterfelde. Babelsberg wurde am 24. April besetzt: Die ersten drei T-34-Panzer rollten ein Uhr nachts ohne Widerstand in die Stadt. Die Panzersperre an der Autobahnauffahrt Drewitz hatten Babelsberger Widerstandskämpfer und geflohene sowjetische Kriegsgefangene abgeräumt, die Volkssturmmänner waren nach Hause gegangen. An der Havel kam der Angriff zum Stehen: Die Wehrmacht hatte die Lange Brücke über der Neuen Fahrt und die Glienicker Brücke gesprengt. Es folgte ein Tage andauernder Beschuss der Innenstadt.
Auch in Potsdams Norden tobte der Kampf. Truppen der 1. Belorussischen Front setzten am 25. April bei Marquardt über den Sacrow-Paretzer Kanal. Am Abend erreichten sie Bornim. 24 Stunden später standen die Einheiten auf der Linie Eiche-Bornstedt-Nedlitz. Am Vormittag des 27. April gab es erbitterte Straßenkämpfe in der Nauener und der Jägervorstadt. Um 13 Uhr war das Stadtzentrum eingenommen, auf der Ruine des Stadtschlosses wehte die Rote Fahne. In der Brandenburger Vorstadt, in Eiche, Golm und in der Berliner Vorstadt sollten sich die Kämpfe noch bis zum 30. April hinziehen. In diesen acht Tagen starben im Kampf um Potsdam mehr als 400 sowjetische Soldaten, mehr als 900 deutsche Soldaten und mehr als 300 Zivilisten. In diesen letzten drei Kriegswochen wurden fast 50 Prozent der historischen Bausubstanz in der Innenstadt zerstört. Von 10.225 Gebäuden in der gesamten Stadt waren nur noch 5.630 bewohnbar. Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche PotsdamerInnen der Befreiung gedenken. Und wir wollen ihnen allen noch die Worte von Weizsäckers mit auf den Weg geben: „Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass, gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“
Dem ist nichts hinzuzufügen.
Bernd Martin



Altes Rathaus und Nikolaikirche am Alten Markt nach dem Bombenangriff © Hans Weber

Entwicklung der Stadtteile im Blick behalten



Potsdam hat viele gute Konzepte, die die Entwicklung der Stadt als Ganzes im Blick haben. So gibt es Strategien für das Klima, den Verkehr, für Radverkehr, für Wohnen usw. Die große Herausforderung im politischen Handeln ist deren Umsetzung, die nicht „an und für sich“ passiert, sondern ganz konkret in den Lebensräumen der Potsdamer_innen, in den Stadtteilen und Kiezen. Mit der Gartenstadt Drewitz ist es modellhaft gelungen, städtebauliche Entwicklung zukunftsorientiert unter Beteiligung aller Akteure vor Ort zu gestalten. Auch hier wurden Beteiligungsstrukturen den Prozessen entsprechend etabliert. Mit dem Entwicklungsvorhaben „Schlaatz 2030“ rückt nun ein weiterer Stadtteil in den Fokus der Aufmerksamkeit. Mit Städtebauförderung von Land und Bund soll der Schlaatz grundlegend umgestaltet werden: ca. die Hälfte der 2500 Wohnungen sollen saniert, eine sozial stabile Einwohnerstruktur geschaffen werden, neue Wohnformen für eine bessere Durchmischung entstehen, begleitet von nachhaltiger Freiraumgestaltung und zukunftsorientierter Mobilität. All das bedeutet in der Umsetzung einen großen Einschnitt in die Lebenswelt der Schlatzer_innen. Neben der vorgesehenen unabhängigen Mieterberatung und einem Umzugsmanagement kann das Vorhaben nur gelingen, wenn die rechtzeitige und gut organisierte aktive Mitwirkung der dort lebenden Menschen gewährleistet ist. Das bedeutet auch, die vorhandenen Beteiligungsformen und -strukturen zu überdenken und anzupassen. Der bisherige Stadtteilrat Schlaatz/Waldstadt könnte, so unser Vorschlag, aufgelöst und in dem „Bündnis für den Schlaatz“ aufgehen, für die beiden Waldstädte ein eigener Rat gebildet werden. In den Waldstädten stehen nämlich andere Herausforderungen an: das Bestehende muss erhalten und dem Wachstum angeglichen werden. Hier braucht es endlich eine Bürgerkoordinierung, die Gemeinwesenarbeit und ehrenamtliches Engagement zusammenführt, um vorhandene Potenziale besser als bisher für die Entwicklung der Wohngebiete zu erschließen. Das ist um so wichtiger, als es auch in Potsdam Süd eine enorme Entwicklung gibt und noch geben wird. Darauf zu achten, dass in den Stadtteilen wirksame und den konkreten Bedingungen angepasste Strukturen der Mitwirkung und für die Bündelung aller Kräfte etabliert werden, bleibt eine Verantwortung, die wir gegenüber den dort Lebenden und heute schon Engagierten haben. Und noch besser ist es, sich selbst einzubringen!

Dr. Sigrid Müller

Erhalt der Potsdamer Lebensqualität

Aus der Region für die Region

Liebe Potsdamer, jetzt seid Ihr gefragt. Ihr seid noch vor Kurzem durch die Innenstadt flaniert, Ihr seid in eure Lieblingsläden spaziert und habt Eure Stammrestaurants besucht? Neben den netten Gesprächen mit den Inhabern, dem guten Essen habt Ihr eine schöne Zeit verbracht? Wenn die Krise weiter andauert, werden diese wunderbaren Momente nicht mehr möglich sein. Das möchten wir vermeiden und genau dafür brauchen wir Eure Unterstützung!
Wir haben gemeinsam die Köpfe zusammengesteckt und packen an. Denn wir dürfen Euch nun verkünden, dass wir auch online für Euch da sind! Ihr wollt die Zeit zu Hause mit gutem Essen und Trinken, unterhaltsamen Spielen und einem spannenden Buch bereichern? Wir versorgen Euch gerne mit leckeren Nahrungsmitteln und dem passenden Wein. Mit dem besten Bier und dem unterhaltsamen Brettspiel. Mit dem spannenden Buch und dem morgendlichen Kaffee und Tee!
Gerne könnt Ihr weiterhin den persönlichen Kontakt über Telefon oder Mail zu uns halten, um genau DEN speziellen Tipp zu bekommen, wie Ihr es von uns kennt. Das Beste daran: wir bündeln unser Angebot für Euch. Entweder an einem Ort zur Abholung oder ganz einfach per kontaktloser Lieferung. Aus der Region für die Region!

Die Gemeinschaft (vorerst):

- Wist Literatur
- Süsse Schwestern
- Potsdamer Sauenhain
- Rösterei 331
- Mea Culpa
- kuechenART
- In Vino
- galadriel
- Frau Paul Blusen und Herr Manns – Männermode
- Bierlese
- BarFritzn
- Ballhause time for tea
- GUDEs Feinkost
- Piccolo Pane
- Lakritzkontor
- Quendel

www.potsdamer-lebensqualität.de



Mit Solidarität, Vernunft und Augenmaß durch die Krise

Die Geburt ist ein besonders Ereignis für eine Familie und es ist eine großartige Errungenschaft, dass die Männer dabei sein können, um ihre Partnerin zu unterstützen. Es unterstützt die Frau, entlastet die Kliniken und sorgt für eine engere Verbindung zum Kind. Keine Frau sollte während der Geburt allein sein müssen - durch das Krankenhauspersonal kann jedoch niemals eine Eins-zu-eins-Betreuung sichergestellt werden. Die Folge wären u. U. zusätzliche Geburtskomplikationen durch den ausgelösten Stress und damit unnötige Gefährdungen von Mutter und Kind. Natürlich ist eine Geburt in Zeiten von Corona eine besondere Herausforderung. Darum müssen auch bestimmte Kriterien gelten. So z. B. sollten sie Schutzkleidung tragen und vorher nicht in einem Risikogebiet gewesen sein. Bei einer gewissen Vorlaufszeit könnten die Männer auch getestet werden.
Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG) empfiehlt solche Maßnahmen explizit auch jetzt während der Corona-Krise nicht allgemein. Mütter sollen demnach weiter eine Begleitperson mit in den Kreißsaal bringen dürfen.
Wir wünschen uns daher, dass Gebärende in Potsdamer Kliniken wieder eine Begleitperson zur Geburt in den Kreisssaal mitbringen können. Auch in Zeiten der Corona-Krise muss mit Vernunft und Blick auf die Folgen agiert werden.
Tina Lange und Sascha Krämer, Stadtverordnete



Warnung vor Corona-Abzockern

Die Verbraucherzentrale Brandenburg warnt aufgrund eines aktuellen Falls vor Abzockern, die „unsinnige 'Medizin'“ bewerben. In einem aktuellen Fall wurde „Werbung für homöopathische Globuli verbreitet, die angeblich vor einer Corona-Ansteckung schützen“. Dazu stellte Annett Reinke von der Verbraucherzentrale Brandenburg klar: "Es gibt derzeit keine Arzneien, die eine Erkrankung mit dem neuartigen Corona-Virus verhindern können. Werbung, die so etwas suggeriert, führt in die Irre. Wir verurteilen Unternehmen, die die aktuelle Lage ausnutzen, um mit nicht belegbaren Aussagen oder Fake-News verunsicherten Verbrauchern das Geld aus der Tasche zu ziehen."

Die Verbraucherzentrale hat derweil ihr telefonisches Angebot ausgeweitet. Telefonische Beratungstermine können unter (0331) 98 22 999 5 (montags bis freitags 9 - 18 Uhr) oder online vereinbart werden.

Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam, Arbeitsgruppe „Zeitzeugen", ruft auf

Die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen" wurde 1997 auf Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Herrn Dr. Manfred Stolpe, gegründet. Ihre Mitglieder schreiben unter dem Motto „Lebendige Erinnerungen" Erlebnisse, Erfahrungen und Eindrücke ihres Lebens nieder und veröffentlichen ihre Texte jährlich in einer Anthologie. Ziel ist es, nachfolgenden Generationen ein persönliches Bild unterschiedlicher Lebensweisen und Lebenswege zu vermitteln, das gleichzeitig gesellschaftliche und historische Ereignisse widerspiegelt. Als Beitrag zu den Feierlichkeiten „30 Jahre Deutsche Einheit" hat die Arbeitsgruppe in diesem Jahr ihren 2. Schreibwettbewerb vorbereitet.

Thema: Wie die Wende mein Leben verändert hat.
Wir freuen uns auf viele interessante und spannende Geschichten aus Ihrem Leben, Erlebnisse mit Ihren Familien, Veränderungen in Ihrer Heimatstadt, Begegnungen mit fremden Menschen und vieles andere mehr. Ihre Texte dürfen maximal zwei Seiten DIN A4 umfassen und müssen in Druckschrift (Computer) geschrieben sein, Schriftart Arial, Schriftgröße 12, linksbündig. Einsendeschluss ist der 20.05.2020. Sie können Ihre Texte per E-Mail an: Seniorenbuero@Rathaus.Potsdam.de oder per Post an: Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam, Büro Hegelallee 6-10/ Haus 1, Zi. 145/146, 14469 Potsdam schicken. Eine Jury wertet alle Texte aus, die besten zehn werden bei einer öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der 27. Seniorenwoche am 20.06. 2020 von den Autoren oder bei Bedarf von einem Mitglied der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen" vorgelesen. Alle Zuhörer/innen wählen die drei Siegergeschichten, die anschließend prämiert und in der 22. Anthologie gemeinsam mit den Texten der Mitglieder der Arbeitsgruppe veröffentlicht werden.
Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Schreiben.

Dr. Ortrud Heßke
Leiterin der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen"

Wenn Alte zu Marktobjekten werden



Fotos: pexels/Zomer/Obymaha

Ich wohne in einem Potsdamer Altenheim. Erzählt wird von ihm, dass es vor vielen Jahrzehnten als Seniorenheim für Mitglieder der Partei, von Parteibeiträgen und Mitgliederspenden errichtet wurde. So könnte es möglich sein, dass ich auch einen Anteil an dieser Immobilie besitze. Doch die betreffende Partei gibt es nicht mehr und Eigentümer dieser Einrichtung ist nun die „SGG - Soziale Grundbesitzergesellschaft Potsdam mbH", Sitz in Pritzwalk.
Für meine 23,54 m² große Wohnung, bestehend aus einem Zimmer mit Küchenzeile, Flur und Nasszelle mit Dusche, bezahle ich 311,53 Euro Kaltmiete. Hinzu kommen noch die Betriebskosten in einer Höhe von 677,18 Euro. Bei diesen werden mir angerechnet: die von mir verbrauchten Heizungskosten, das persönlich verbrauchte Wasser und Warmwasser und eine Beteiligung beim Abwasser und an den Aufzugkosten (Fahrstühle). Dann werden mir anteilmäßig Kosten in Rechnung gestellt, die doch zu Lasten des Haus- bzw. Grundbesitzers gehen müssten, wie Gebäudeversicherung und -steuern, Straßenreinigung, Niederschlagwasser, Hausreinigung sowie anteilig das Hausmeistergehalt. Gleichzeitig mit dem Mietvertrag wurde mir ein Dienstleistungsvertrag vorgelegt, der mit dem Mietvertrag gekoppelt ist. Für die Dienstleistung (engl. Service - hört sich netter an) zahlte ich anfänglich im Monat 220 Euro, zurzeit 300 Euro pro Monat. Was bietet mir der Service (Leistungserbringer) für meine 300 Euro?
- den 24-stündigen Conciergedienst für alle Hausbewohner
- einen Sozialarbeiter der bei behördlichen Angelegenheiten Rat und Unterstützung geben kann
- Servicemitarbeiter, die das Mittagsessen servieren, das Geschirr abräumen und abwaschen. Das Essen bringt ein Cateringunternehmen, das vom Leistungsempfänger (mir) bezahlt wird.
Ferner bietet der Leistungsbringer die in den Wohnungen installierte Notrufanlage mit Notrufknopf an, die aber auf Grund ihres Alters schon längst amortisiert sein müssten. Selbstverständlich hat mein Vertragspartner dafür zu sorgen, dass auch alles klappt. Da beginnen aber schon Probleme. Ein Beispiel dazu. Bei der Concierge laufen Notruf und Telefon zusammen ein. Wenn aber - wie es des Öfteren vorkommt - dort niemand telefonisch wie persönlich anzutreffen ist, weil der Mitarbeiter auf Grund des Personalmangels u. a. in der Pflege oder sonst wo aushelfen muss, dann kann auch kein Notruf entgegen genommen werden. Was dann, wenn schnellste Hilfe notwendig ist? Nun ist mein Vertragspartner ja nicht nur Leistungserbringer sondern auch Leistungsvermittler. Vermittelt werden zum Beispiel Pflegedienste der Allgemeinen Dienstleistungs Gesellschaft mbH, Betriebsstätte Potsdam, Friseur, Kosmetik, Fußpflege, Physiotherapie, Wäschedienst, Wohnungsreinigung, Hol- und Bringedienste, Tagesangebote hinsichtlich Seniorenbetreuung durch das Sercicepersonal, zusätzliche Hausmeistertätigkeiten. Derartige Vermittlungen sind aber Extraleistungen und deshalb auch extra zu bezahlen. Auch hierzu Beispiele: Aus verschiedenen Gründen vergesse ich das regelmäßige Bereitstellen, Dosieren, auch das Einnehmen der für mich wichtigen Tabletten. Mein Hausarzt besteht aber auf Regelmäßigkeit. Daraufhin wandte ich mich an den Service. Der sagte nun der Pflegeleitung im Haus, sie möchte dafür sorgen, dass der Herr Kreutz regelmäßig seine Pillen nimmt. Damit war seine Arbeit erledigt. Alles Weitere obliegt nun dem Pflegedienst. Dessen Meinung: „Das ist eine zusätzliche Tätigkeit, die auch zusätzlich, egal von wem, vergütet werden muss." Als heute früh die Pflegerin Frederike mir die Morgenration Pillen auf den Tisch stellte, sah sie zu, wie ich mich unter Schnaufen bemühte, die Socken anzuziehen. „Gut sieht das mit ihnen nicht aus", meinte sie. „Kann von ihrer Rente nicht doch noch so viel übrig bleiben, dass sie eine Hilfeleistung bezahlen können?", war ihre Frage. Die Unternehmensleitung will nun noch mehr alten Leuten helfen (sprich zusätzlichen Gewinn machen). Deshalb wird ein Neubau für eine Tagespflege errichtet. In dieser Baumaßnahme wurde auch unser Speisesaal zur Baustelle. Darum erhält ein Teil der Mitessenden die Mahlzeit in der ausgeräumten „Musterwohnung", in der es sich noch angenehm sitzt. In diesem Raum ist jedoch nicht für alle Platz. So nahm man den fensterlosen Vorraum zum Speisesaal als Notbehelf für die Übrigen. Da beide Räume recht klein sind, teilte man uns notgedrungen in drei Gruppen ein. Ich bin in der dritten mit der Tischzeit dreiviertel eins. Ehe unter diesen Zuständen alles serviert ist, dauert es doch noch ein Weilchen. Mein Magen wird sich auf die neue Situation sicher einrichten. Er hat nach Einschätzung durch den Hausmanager wahrscheinlich länger als ein Jahr Zeit dafür. Nach Mietminderungen wurde von Seiten der Mieter gefragt. Aber liebe Mieter! Wer wird denn nur an sich denken. Ihre Mietminderungen würden die Kosten für den Bau erhöhen, was sich letztlich auf den Endpreis für die Pflege auswirkt. Wollen sie so unsolidarisch zu den Altersgenossen sein, die auf eine Tagespflege warten.
Ich belasse es erst einmal bei diesen Beispielen. Es gibt noch etliche weitere. Ach, Sie möchten wissen wofür es die Preissteigerung beim Service gibt, von dem ich anfänglich meines Schreibens sprach. Nein, nein doch nicht deswegen, weil die Unternehmen ihre Gewinne steigern wollen. Die tun doch alles Mögliche im Sinne der Alten. Einzig Schuld daran ist das geldgierige, unersättliche Pflegepersonal, dass für seine angeblich so körperlich und nervlich schwere Arbeit mehr Geld verlangt, schreibt mir in einem Brief die Unternehmensleitung. Ein Kreislauf ohne Ende. Und wer profitiert davon?

Karl Kreutz



Chancen wahren statt Kosten mahnen

Die Heranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe gehört abgeschafft/Von NORBERT MÜLLER (MdB)



Nicht weniger als 75 Prozent ihres Einkommens müssen junge Menschen wieder abgeben, wenn sie sich in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder in Pflegefamilien befinden. Von einer sowieso schon nicht gerade üppigen Ausbildungsvergütung muss ein Jugendlicher dementsprechend noch einen Großteil abgeben – ein Demotivator sondergleichen, um eine Ausbildung anzufangen oder einen Freiwilligendienst zu beginnen. Denn auch Aufwandsentschädigungen und Ähnliches gelten hier als Einkommen. Kein Wunder also, dass Organisationen ehemaliger und aktueller Heim- und Pflegekinder seit Jahren gegen die Kostenheranziehung streiten. Als LINKE im Bundestag haben wir diesen berechtigten Kampf auf die parlamentarische Ebene gehoben und einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Streichung der Kostenheranziehung vorsieht. Zu dessen Diskussion fand am Montag eine Anhörung im Familienausschuss statt. Und auch hier war das Urteil der geladenen Sachverständigen eindeutig. Die Heranziehung demotiviere nicht nur die Jugendlichen, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen, er hindere sie auch beim Übergang in die Selbstständigkeit. Denn: Sparen ist bei solch einer Abgabe quasi unmöglich und damit auch die Option, nach der Zeit in der Jugendhilfe eine Kaution für die erste Wohnung oder gar deren Erstausstattung zu stemmen. Zudem stehe der Aufwand für die Verwaltung in keinem Verhältnis zum Ertrag. Und das alles nur um die zuvorderst symbolischen Beteiligung der Jugendlichen an der ihnen zuteil werdenden Hilfe aufrecht zu erhalten. Denn während die 75 Prozent für die Betroffenen eine erhebliche Einbuße darstellen, bescheren sie der Staatskasse nur einen Bruchteil der realen Kosten. Ganze zwei der sieben Sachverständigen, sprachen sich für eine Beibehaltung der Kostenheranziehung aus. Sie argumentierten, dass die Jugendlichen beim Beibehalten der Regelung lernen würden mit knappen Ressourcen, umzugehen - eine Aufgabe, die auch im späteren Leben auf sie warte. Mit anderen Worten: Anstatt die Jugendlichen, die ohnehin in äußerst prekären Bedingungen aufwachsen, bestmöglich für das Erwachsenenleben zu wappnen, bereiten wir sie heute schon auf ein Leben in Armut vor. Als Vorkämpferin gegen Kinderarmut kann uns als LINKE solcherlei Logik nicht überzeugen, sodass wir auch zukünftig für die überfällige Abschaffung der Kostenheranziehung streiten werden. Vielleicht hat die überaus aufschlussreiche Anhörung auch dafür gesorgt, dass wir darauf nicht bis zu einer möglichen SGB VIII- Novelle warten müssen. Dafür müssten die Koalitionäre jedoch, über ihren Schatten springen, dem Rat von Expert*innen und dem Wunsch der Betroffenen folgen und unserem Gesetzentwurf zustimmen.

Kultur vor Corona-Auswirkungen schützen!

Drei-Punkte-Sofortmaßnahmenprogramm/Von ISABELL VANDRE (MdL und SVV Potsdam)

Es ging ganz schnell: innerhalb weniger Tage untersagte der Oberbürgermeister Potsdams, Mike Schubert, erst Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen, dann mit mehr als 100, schließlich mussten Bars und nahezu alle Geschäfte, die nicht der Lebensmittel-Versorgung dienen, schließen. Das Ziel: soziale Kontakte rigoros einschränken, um die Verbreitung der Covid-19- Pandemie drastisch zu verlangsamen.

Wir wissen aktuell nicht welche Maßnahmen noch auf uns zukommen und wie lange diese Einschränkungen des öffentlichen Lebens notwendig sein werden, aber die z.T. existenzbedrohenden Folgen sind für Viele schon jetzt spürbar. Ein Bereich, der unmittelbar Alarm schlug ist die Kunst - und Kreativszene.

Doch was bedeutet die Corona-Krise für die Kunst- und Kulturschaffenden konkret und wie können wir diese abwenden?

Zunächst einmal fehlen durch Veranstaltungsabsagen die Einnahmen, aus denen (sozio-) kulturelle Einrichtungen sich trotz staatlicher Unterstützung zu einem Großteil finanzieren. Auch Künstler_innen haben Einnahmeeinbußen zu verzeichnen, da sie auf unbestimmte Zeit nicht mehr gebucht werden können. Genau hier müssen Stadt, Land und Bund schnellstmöglich ansetzen und handeln! Es müssen unkomplizierte und unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Personen in der Kultur- und Kreativbranche ökonomisch abgesichert werden und das kulturelle Leben die Pandemie-Zeit übersteht. Hierfür habe ich ein Drei Punkte Sofortmaßnahmen-Programm erarbeitet. Dieses sieht 1.) direkte finanzielle Hilfen (Stundung von Steuervorauszahlungen, Erlass von Mietzahlungen, Bezuschussung von Kassenbeiträgen, befristete, steuerfreie Hilfszahlungen für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen), 2. die Übernahme der Haftung bei Veranstaltungsausfällen durch das Land und 3.) die Ermöglichung unbürokratischer Kredite, sowie die Flexibilisierung von bereits bewilligten Fördermitteln, vor. Wichtig ist dabei vor allem der Faktor Zeit! Auch wenn die ein oder andere Forderung bereits durch den Bund und die Länder in Aussicht gestellt wurden, müssen sie dringend aufeinander abgestimmt und schnellstmöglich bei den Betroffenen wirksam werden.

In Zeiten des Shutdowns bekommen wir alle zu spüren, wie wichtig soziokulturelle Treffpunkte und Kneipen für unsere Freizeitgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe sind. Das Team des rotbloq entwickelt daher aktuell ein Online-Format, das es uns ermöglicht lokale Kulturangebote erlebbar zu machen.



Die 27. Brandenburgische Seniorenwoche wird in den Herbst 2020 verlegt

Auch bei uns grassiert das Corona-Virus, und die Zahlen der Erkrankten steigen rapide. Seniorinnen und Senioren gehören hierbei zu einer besonders betroffenen Risikogruppe. Es gibt aber eine Reihe bekannter Maßnahmen, die jede Einzelne und jeder Einzelne von uns umsetzen und beherzigen kann und muss, um die eigene Infektion und auch die Infektion weiterer Personen zu reduzieren und möglichst zu vermeiden.

Dazu gehört vor allem, unnötige soziale Kontakte zu vermeiden. Dem Rechnung tragend, haben das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz mit dem Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. beraten und am 19.03.2020 folgende Entscheidung getroffen: Die aktuelle Situation um die Corona-Epidemie veranlasst uns, die diesjährige 27. Brandenburgische Seniorenwoche in den Herbst dieses Jahres zu verlegen.

Auch wenn unsere Potsdamer Seniorenwoche »erst« im Zeitraum vom 13.06.2020 bis zum 21.06.2020 durchgeführt werden sollte, wäre es unverantwortlich, die aufwändigen Vorbereitungen der über 40 anspruchsvollen Veranstaltungen mit den damit verbundenen persönlichen Kontakten fortzuführen. Zudem ist davon auszugehen, dass auch im Juni die gesundheitlichen Risiken bei Durchführung der stets gut besuchten Veranstaltungen fortbestehen.

Auch Organisatoren der vielen zentralen und dezentralen Events bekundeten bereits Verständnis für die Entscheidung. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben! Lassen Sie uns die Entwicklungen der nächsten Wochen abwarten. Falls es die Lage zulassen sollte, wollen wir die 27. Brandenburgische Seniorenwoche in der dann geeigneten Form im Herbst 2020 nachholen. Bleiben wir also achtsam, gesund und stets optimistisch.

Dr.-Ing. Klaus G. Hardenberg
Vorsitzender des Seniorenbeirats

Verkehrskorridor Potsdamer Norden

Berlin und Potsdam konkretisieren Zusammenarbeit

Mit der Entwicklung des ehemaligen Kasernenstandorts Krampnitz zu einem Wohngebiet mit mehr als 10.000 Einwohnern wird das zu erwartende Verkehrsaufkommen enorme Auswirkungen auf den Potsdamer Norden und das angrenzende Berlin haben. Um die anstehenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können, haben sich jüngst Hartmut Reupke, Abteilungsleiter Verkehr in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, der Spandauer Bezirksstadtrat Frank Bewig und Potsdams Baudezernent Bernd Rubelt getroffen und über gebietsübergreifende Maßnahmen und Planungen beraten.

„Um das prognostizierte Wachstum in der Region auch verkehrlich abwickeln zu können, ist jetzt eine Orientierung auf den Umweltverbund notwendig. Vorrangig kommt hierbei insbesondere die Weiterentwicklung des ÖPNV in Frage. Zusammen mit dem Ziel, die Radverkehrsinfrastruk-



tur auszubauen, sollen gemeinsame Maßnahmen entwickelt werden, die attraktive Alternativen im Verkehrskorridor Berlin-Spandau - Landeshauptstadt Potsdam darstellen“, sagte Rubelt. Mit der Verabschiedung des Masterplans Krampnitz durch Potsdams Stadtverordnete im Jahr 2019 stehen die Landeshauptstadt Potsdam und das Bezirksamt Spandau in einem intensivierten Austausch zu verkehrlichen Fragen, sowohl auf Fach- als auch auf Führungsebene. Verflechtungen bestehen im Pendlerverkehr sowohl in Richtung Berlin-Spandau als auch in Richtung Potsdam, wobei die Bundesstraße 2 zwischen der Heerstraße in Berlin und dem Potsdamer Zentrum einen besonderen Schwerpunkt bildet. Bei der Betrachtungen der Verkehrsachse wird deutlich, dass es gerade an den größeren Knotenpunkten entlang der B2 zu enormen Stressbelastungen kommen wird. Während einzelne Kreuzungen außerhalb der besiedelten Gebiete durch bauliche Anpassungen weiter optimiert werden könnten, kann gerade in den innenstadtnahen Bereichen nur eine spürbare Verlagerung von Verkehrsanteilen auf den sogenannten Umweltverbund zu einer Entlastung führen.

So wurde unter anderem deutlich, dass der Knotenpunkt B 2 - Potsdamer Chaussee/Ritterfelddamm durch einen Ausbau in der Leistungsfähigkeit verbessert werden kann, wobei auch eine Anbindung der nördlich gelegenen Waldsiedlung umgesetzt werden könnte. Der Umbau zu einem Kreisverkehr wird dagegen nicht weiter favorisiert, da dieser nicht die zukünftig notwendige Verkehrsabwicklung gewährleisten kann.

Freies Zimmer für Hilfe im Alltag

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ fördert das Zusammenleben der Generationen



Potsdamer mit freiem Wohnraum dürfen sich freuen: Wer sich zuhause Unterstützung und Gesellschaft wünscht, ist bei „Wohnen für Hilfe – Geben. Nehmen. Leben.“ genau richtig. Das Studentenwerk Potsdam möchte mit dem im Januar gestarteten Projekt Studierende und Potsdamer in Wohnpartnerschaften zusammenbringen. Das Besondere: Studierende helfen im Alltag – dafür können sie preiswert in den Privathaushalten leben, denn die Miete ist gering oder entfällt sogar komplett. Rasen mähen, einkaufen gehen, den Kindern bei den Hausaufgaben helfen oder gemeinsame Spaziergänge – dies sind nur einige Beispiele dafür, wie ein solcher Tauschhandel aussehen könnte. Wie viel Hilfe geleistet wird, legen die Wohnpartner gemeinsam fest – ebenso die Wohnbedingungen und die Regeln des Zusammenlebens. Zur Orientierung hilft folgende Faustformel: Ein Quadratmeter Wohnraum entspricht einer Stunde Hilfe pro Monat. Auf ein Zimmer von 15 m^2 kommen im Monat 15 Stunden Unterstützung. Senioren, Familien, Alleinstehende – Wohnraumgeber können alle sein, die Hilfe im Alltag benötigen und offen für das Zusammenleben mit Studierenden aus Deutschland und dem Ausland sind. Egal, ob Mietwohnung oder Eigenheim – bei „Wohnen für Hilfe“ kann jeder mitmachen, der über zusätzlichen Wohnraum verfügt. Wer dabei sein möchte, kann seine Vorstellungen mit Mandy Schubert vom Studentenwerk Potsdam besprechen. Das Studentenwerk vermittelt die Wohnpartnerschaften und ist Ansprechpartner während des gesamten Wohnzeitraums. Das Angebot ist kostenfrei. Interessierte können sich ab sofort melden. Per E-Mail an wohnen-fuer-hilfe@studentenwerk-potsdam.de, telefonisch unter (0331)3706506 oder persönlich am Dienstag (12-16 Uhr) und Donnerstag (9-12 Uhr) im Hauptsitz des Studentenwerks Potsdam, direkt im Potsdamer Hauptbahnhof, Eingang Lange Brücke.

20.000sten Besucher begrüßt

Zum 60. Geburtstag des beliebten Traumbringers hatten der Rundfunk Berlin-Brandenburg und das Filmmuseum Potsdam im November 2019 die gemeinsame Familienausstellung auf den Weg gebracht. Kurz nach der Eröffnung am 10. November 2019 wurde das Museum förmlich von kleinen und großen Sandmann-Liebhabern überrannt, die sich auf Zeitreise mit einem Raumschiff begeben und in einem geheimnisvollen Märchenwald die originalen Puppen und legendären Fahrzeuge bewundern. Die liebevoll ausgestatteten, multimedialen Sets verzaubern Kinder und Erwachsene gleichermaßen und geben Einblick in die Geschichte des Sandmännchens.

Wir freuen uns, die dreijährige Minna aus Potsdam im März als 20.000ste Besucherin in der Ausstellung begrüßen zu können. Sie ist mit ihren Großeltern gekommen. Für das Filmmuseum ist das nach vier Monaten Laufzeit eine Rekordzahl. Als kleine



Überraschung erhält Minna eine Sandmann-Handpuppe, ein Familienspiel und mit ihren Großeltern heute freien Eintritt in die Ausstellung. Wir wünschen ihr viel Freude mit dem Sandmännchen.

Ausflug zum Himmelfahrtstag am 21. Mai 2020

Trotz der gegenwärtigen Unsicherheiten bleiben wir bei dem geplanten Ausflug nach Eisenhüttenstadt, denn bisher haben sich bereits 30 Teilnehmer angemeldet. Wenn es also bis zum 21.Mai eine Entspannung für Reisemöglichkeiten gibt, erwartet uns der Bus von H&H ab 8.45 Uhr am Fernbussteig vor dem Hauptbahnhof. Abfahrt ist 9.00 Uhr, die Rückkehr gegen 17.00 Uhr. Für das Mittagessen und einen kleinen Beitrag zu den Fahrtkosten werden maximal 20.00 Euro erbeten. Sollte unsere traditionelle Tour dennoch nicht stattfinden dürfen, werden alle Angemeldeten rechtzeitig von uns benachrichtigt. Nochmals unsere Telefonnummer 0331/ 87 29 33 . Bleibt oder werdet gesund!

Eure H. und R. Drohla